

Solidarität



Interview: Wirtschaftsminister Mitterlehner: Neue Lehrinhalte schaffen mehr Qualität. **Seite 4**



Mobbing: Laut aktuellem OGH-Urteil haften Arbeitgeber für Folgeschäden. **Seite 8**

Kommentar: Peter Schlögl, Institut für Berufsbildungsforschung: Lehre braucht Qualitätssicherung. **Seite 12**



Unsere Spitäler: Hinter den Kulissen

Seite 5

© Walter Schreiner

www.oegb.at

ÖGB-MITGLIEDER PROFITIEREN
Bis zu 50 Prozent sparen beim Skifahren
www.mitgliederservice.at/skitage

ÖGB

www.oegb.at

editorial



NANI KAUER

Solidarität!

Seit dem Jahr 1947 erscheint die Mitgliederzeitschrift des ÖGB unter dem Namen „Solidarität“. Bis heute steht dieses Wort für einen der Grundpfeiler der Gewerkschaftsbewegung. Denn ein Mensch alleine kann nichts erreichen, nur alle gemeinsam können das. Und die Solidarität, das Zusammenhalten, ist gerade in Krisenzeiten wichtiger denn je. Ab 2013 erscheint die „Solidarität“ in sechs Doppelnummern pro Jahr. Im Juni werden wir auf das handliche Kleinformat umstellen. Damit kommen wir einem Wunsch unserer Mitglieder nach, ebenso mit der guten Mischung aus kurzen und längeren Texten. Die Umstellung ist ein weiterer Beitrag des ÖGB dazu, mit den Einnahmen der Mitglieder sorgsam umzugehen. Informationen werden mit den Neuerungen nicht verloren gehen: Wie bisher wird die Mitgliederzeitschrift „Solidarität“ auch in Zukunft Themen aufgreifen, die die Mitglieder bewegen, von Gehaltsverhandlungen über neue Gesetze, den Alltag in Betrieben bis hin zu Serviceangeboten. Im Zentrum werden auch zukünftig unsere Mitglieder und die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Österreich stehen.

Europas Gewerkschaften

Starke Vertretung für ArbeitnehmerInnenrechte – seit 40 Jahren.

Jubiläum. Am 9. Februar 1973 wurde der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) gegründet. Heute vertritt der EGB, der seinen Sitz in Brüssel hat, 85 Gewerkschaftsverbände in 36 europäischen Staaten und zehn Branchenverbände. Der ÖGB ist seit der Gründung des EGB Mitglied. Bei einer großen Konferenz am 28. Jänner in Madrid feierte der EGB sein Jubiläum, verbunden mit einem Ausblick und einer Reihe von Forderungen, wie aus der Europäischen Union eine soziale Union – eine Union, in der die Menschen zählen – werden kann.

Fragen für Europas Zukunft

Wie kann die soziale Dimension der EU gestärkt werden, welche Rolle sollen die europäischen Sozialpartner bei der Entscheidungsfindung der EU spielen, was muss sich in der europäischen Wirtschaftspolitik ändern, um Arbeitsplätze und Wachstum zu schaffen? Diese und andere Fragen diskutierten in Madrid unter anderem ÖGB-Präsident Erich Foglar, EGB-Generalsekretärin Bernadette Ségol und DGB-Chef Michael Sommer. Auch europäische Politik und Arbeitgeber werden vertreten: Sozialkommissar László Andor, Wirtschafts- und Währungskommissar Olli Rehn, Parlamentspräsident Martin Schulz und Markus Beyrer, Generaldirektor des europäischen Arbeitgeberverbandes Business Europe, stellten sich



Am 13. und 14. März wird es wieder Demonstrationen und Aktionen gegen die Sparpolitik geben.

der Diskussion mit den Gewerkschaften.

Ziele des EGB

Der EGB kämpft für ein Europa mit einer starken sozialen Dimension und ausgewogenen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die Bedürfnisse der EuropäerInnen müssen dabei an vorderster Stelle stehen. Aktuell fordert der EGB einen Sozialpakt für Europa. Darin geht es unter anderem um die Schaffung von Arbeitsplätzen, das Ankerbeln der Wirtschaft durch Investitionen, um die Regulierung der Finanzmärkte, eine Finanztransaktionssteuer, das Ende von Steueroa-

sen, Steuerflucht und Steuerhinterziehung sowie leistbare und für alle zugängliche öffentliche Dienstleistungen.

Verhandlungen und Aktionen

Der EGB ist in die europäische Sozial- und Wirtschaftspolitik eingebunden und arbeitet mit allen europäischen Institutionen zusammen, darunter die jeweilige Präsidentschaft (jedes halbe Jahr übernimmt ein anderes Mitgliedsland die EU-Präsidentschaft), Rat, Kommission und Parlament. Er war an der Entstehung von Richtlinien, die für die ArbeitnehmerInnen von Bedeutung sind, maßgeblich beteiligt, zum Bei-

spiel bei der Richtlinie für Europäische Betriebsräte. Natürlich greift der EGB auch auf Aktionen und Kampagnen zurück, um seinen Forderungen Nachdruck zu verleihen. Großdemonstrationen oder europaweite Aktionstage gehören zum Repertoire. Auch heuer werden wieder Aktionstage stattfinden: Am 13. und 14. März wird es sowohl in den Mitgliedsstaaten als auch in Brüssel Demonstrationen, Aktionen und ähnliches geben – Adressat der Forderung nach einem Ende der Sparpolitik und der Umsetzung des EGB-Sozialpaktes ist der zugleich tagende EU-Frühjahrsrat.

Fairness vorantreiben

2013 wird für den ÖGB ein Jahr mit vielen Weichenstellungen.

Sozialstaat fairbessern. Ein starker Sozialstaat, mit zeitgerechten Leistungen und fair finanziert durch mehr Beiträge von großen Vermögen, steht auch 2013 auf der Agenda von ÖGB und Gewerkschaften ganz oben. 2013 ist für den ÖGB auch ein Kongressjahr. Der ÖGB-Bundeskongress findet Mitte Juni in Wien statt (18. bis 20. Juni). Davor tagen die ÖGB-Frauen (10. und 11. April) und die Gewerkschaftsjugend (27. April).

Sowohl Frauen als auch Jugend werden bei ihren Kongressen ihre Spitze neu wählen und ihre Programme beschließen, die die Arbeitsschwerpunkte der kommenden Jahre enthalten. Der ÖGB-Bundeskongress ist das höchste Organ des ÖGB, hier wird ebenso gewählt (Prä-



sident, Vizepräsident/in, Vorstand) und ein Grundsatzprogramm beschlossen. Der letzte ÖGB-Bundeskongress fand im Juni/Juli 2009 statt.

Rückblick

Vor zehn Jahren, im Jahr 2003, waren die Menschen in Österreich von zahlreichen unsozialen Maßnahmen der damali-

gen schwarz-blauen Bundesregierung betroffen, unter anderem kam es zu Verschlechterungen bei Pensionen, im Gesundheitssystem, zum Ausverkauf von öffentlichem Eigentum. Der ÖGB und die Gewerkschaften reagierten mit Aktionen, Protesten, Streiks und einer Massendemonstration von 200.000 Menschen trotz schwersten Hagels.

PROTESTJAHR 2003

6. Mai: Warnstreiks, mehr als 10.000 Aktionen in ganz Österreich, mehr als 50.000 Menschen nehmen daran teil

13. Mai: „Hageldemo“, 200.000 Menschen demonstrieren am Heldenplatz in Wien

3. Juni: ganztägige Abwehrstreiks gegen Pensionsreform, über eine Million Menschen in rund 18.000 Betrieben beteiligen sich

Impressum:

Herausgeber: Österreichischer Gewerkschaftsbund, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1. **Medieninhaber:** Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: 01/662 32 96, Fax: 01/662 32 96-39793, E-Mail: zeitschriften@oegbverlag.at, Web: www.oegbverlag.at, UID: ATU 55591005, FN 2267691
Herstellern: Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudorf, Bickfordstr. 21. **Verlagsort:** 1020 Wien. **Herstellungsort:** 7201 Neudorf. **Chefredaktion:** Nani Kauer. **Kaufmännische Leitung:** Christoph Höllriegel. **AutorInnen:** Amela Muratović, Florian Kräfmer, Katja Dämmich, Heike Hausensteiner, Christian Resel, Michaela Hubweber, Peter Schögl. **Bildredaktion/Layout/Grafik:** Walter Schauer. **Anzeigen:** Thomas Aichelburg-Rumerskirch, www.brandcom.at, soli@brandcom.at. **Sekretariat:** Sonja Adler, Johanna Kastner. **Lektorat:** Marga Achberger. **Redaktionsadresse:** 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: 01/534 44-399263, Fax: 01/534 44-39916, E-Mail: soli@oegb.at, Internet: www.oegb.at/soli, **Offenlegung** gemäß Mediengesetz, S25: www.soli.at/offenlegung

Für unverlangt eingesendete Manuskripte und Fotos keine Gewähr. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Nachdrücke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe. Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.

ZVR-Nr.: 576439352
DVR-Nr.: 0046655

Dieses Produkt wurde mit ADOBE InDesign CS erstellt.



Dienstleistungen sollten durch Privatisierung billiger werden. Doch die Realität sieht anders aus.



Erich Foglar, ÖGB-Präsident: „Soziale Sicherheit, Wasserversorgung, Energie und andere Dienstleistungen dürfen auf keinen Fall Marktprinzipien unterworfen werden.“

Nachteile. Es gibt Aufgaben, die in allgemeiner Hand am besten gelöst werden können. Selbst wenn viele nach einer Privatisierung rufen, die scheinbar kundenfreundlicher, besser, schneller und billiger ist. Doch Zweifel sind spätestens angebracht, wenn dadurch auch der Zugang zu Wasser in private Hände gerät. Wasser ist ein Menschenrecht. Trotzdem fordert die EU

von Portugal, das Trinkwasser zu privatisieren. In manch portugiesischer Region, die den Privatisierungsschritt bereits vollzogen hat, ist das Trinkwasser nun um unglaubliche 400 Prozent teurer.

Es wird teurer

Weltweit wird seit den 1980er-Jahren massiv privatisiert: Öffentliche Verkehrsmittel, Wasserversorgung, Müllabfuhr, Sozialwohnungen und Strom wurden von privaten Firmen übernommen. Dem Staat bleibt die Gewährleistung der Infrastruktur, den Privatfirmen die Erbringung der Dienstleistungen, und damit erhalten sie auch die Einkünfte.

Verständlich ist der Versuch, leere Gemeindekassen mit Verkäufen zu füllen. Aber ist das kommunale Gut einmal verschert, zeigt sich schnell das wahre Gesicht der Privatisierung. Investitionen in Leitungen kosten Geld, doch Private meiden Investitionen. Der französische Wasseranbieter Suez unterließ in Argentinien

gleich die Hälfte der vereinbarten Investitionen – Argentinien kündigte den Vertrag. Die Metropole Berlin hat nicht nur die Wasserbetriebe teilprivatisiert, sondern zwischen 1990 und 2010 ganze 200.000 Wohnungen, von denen ein Großteil Sozialwohnungen waren, an private Bieterkonsortien verkauft. Nun sind die Mieten drastisch in die Höhe geschossen, der Wohnungsmarkt ist angespannt. Die Ersparnis für die Stadt Berlin war bloß minimal. Als Gegenmaßnahme zum einstigen Ausverkauf wird nun die Wasserversorgung rekommunalisiert – genau wie in Frankreich in den Städten Paris und Grenoble.

Vergleiche lohnen sich

Dass kommunale Dienstleistungen einen bedeutenden volkswirtschaftlichen Mehrwert schaffen, zeigt eine Untersuchung des Verbandes der Öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs (VÖWG): Jeder Euro, der in kommunalen Infrastrukturun-

ternehmen an Wertschöpfung erwirtschaftet wird, bringt weitere 1,7 Euro an Wertschöpfung für die gesamte Volkswirtschaft. Jeder Arbeitsplatz in diesen Unternehmen erhält weitere 1,8 Arbeitsplätze in der Region. Kommunale Dienstleistungsunternehmen haben in den vergangenen wirtschaftlichen Krisenjahren ihren Beschäftigtenstand weitestgehend stabil gehalten und wesentlich zur Stabilisierung der regionalen Wirtschaft in Krisenzeiten beigetragen. Außerdem investieren kommunale Unternehmen in die Infrastruktur der Region und leisten einen wichtigen Beitrag, damit der Lebens- und Wirtschaftsstandort attraktiv ist und bleibt. Der Vergleich macht tatsächlich schlau: Während für die 98-Liter-Mülltonne in Mönchengladbach 674 Euro pro Jahr an einen privaten Dienstleister zu bezahlen sind, kostet uns in Wien eine 120-Liter-Tonne jährlich 164,32 Euro.

www.oegb.at/sozialstaat

Christian Resei

Mitbestimmung bleibt:

Kurzarbeit

2008 haben die Sozialpartner zur Bewältigung der Krise und zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit ein Kurzarbeitsmodell erarbeitet, das die Regierung umgesetzt hat. Ein wichtiges Element dabei war und ist die Mitbestimmung der Betriebsräten. Mit Ende 2012 sind die bisherigen Regelungen ausgefallen. Wirtschaft und Industrie wollten das nutzen, um die Mitbestimmung einzuschränken. Kommt nicht in Frage, war die Linie des ÖGB. Bei der Kurzarbeit spielen daher Betriebsräten sowie Gewerkschaften weiterhin eine starke Rolle.

JVR seit 1973:

Mitsprache

Seit 1. Jänner 1973 vertreten Jugendliche die Interessen von Jugendlichen. An diesem Tag trat das Gesetz in Kraft, das die Wahl zum Jugendvertrauensrat (JVR) regelt. Mit der „Aktion M – wie Mitbestimmung“ wurden mehr als 50.000 Unterschriften für das Recht auf Mitbestimmung gesammelt – der Druck auf die Politik war so groß, dass das Parlament das Jugendvertrauensratgesetz beschloss. Seit 1973 wurden weitere Verbesserungen bei der Mitbestimmung Jugendlicher erreicht. Alle Infos zur JVR-Wahl: www.oegj.at/jugendvertrauensrat

Gesund bleiben im Job

Ab 2013: Arbeitsplätze müssen auf psychische Belastungen evaluiert werden.

Gesetzesänderung. Seit Jänner 2013 müssen sich die Arbeitgeber verstärkt um die psychische Gesundheit ihrer ArbeitnehmerInnen kümmern. Das steht in einer Novelle zum ArbeitnehmerInnenschutzgesetz (ASchG). „Wir wissen, dass in der Arbeitswelt psychische Belastungen und Gefährdungen zunehmen. Diese sind oft die Ursache für arbeitsbedingte Beschwerden und Erkrankungen“, so Arbeitsminister Rudolf Hundstorfer. Die Novelle regelt nun klar, dass im Betrieb auch Gefahren ermittelt und beurteilt werden müssen, die zu psychischen Belastungen führen können. Schon bisher war der Arbeitgeber verpflichtet, den einzelnen Arbeitsplatz auf Gefährdungen des physischen Gesundheit des Arbeitnehmers – etwa durch Chemikalien, gefährliche Arbeitsvorgänge usw. – zu evaluieren. Nunmehr sind auch Gefährdungen der psy-

chischen Gesundheit zu überprüfen. „Dafür sind geeignete Fachleute heranzuziehen. Am besten dafür ausgebildet sind sicher Arbeits- und Organisationspsychologinnen und -psychologen“, sagt Ingrid Reifinger, ÖGB-Expertin für gesunde Arbeitsplätze. Diese sind nun in § 4 Abs. 6 ASchG unter den geeigneten Fachleuten, die die Arbeitsplatzevaluierung durchführen können, aufgelistet.

Arbeitsalltag erleichtern

Sie verfügen über das notwendige Wissen, damit nach der Evaluierung die entsprechenden Maßnahmen zur Verbesserung z. B. der Arbeitsabläufe gesetzt werden können. Oft sind nur kleine Veränderungen notwendig, die aber trotzdem den Arbeitsalltag enorm erleichtern, etwa, dass wichtige Informationen und Unterlagen von einer anderen Abteilung rechtzeitig einlangen oder von



Vorgesetzten an die MitarbeiterInnen weitergegeben werden.

Arbeitsplätze evaluieren

Die ArbeiterInnen und Angestellten müssen jedenfalls keine Angst haben, dass bei ihnen nach psychischen Beeinträchtigungen oder Erkrankungen gesucht wird. „Nicht die einzelnen Menschen bekommen eine Diagnose, sondern die Arbeitsplätze werden evaluiert, zum Beispiel in Hinblick auf störenden Lärm, ständige Unterbre-

chungen, fehlende Informationen usw. Denn das alles kann Stress auslösen und zur psychischen Belastung werden“, erklärt Reifinger.

TIPP

Für die Kontrolle der Arbeitsplatzevaluierungen ist die Arbeitsinspektion zuständig. Leitfaden zur Evaluierung der psychischen Belastungen: www.arbeitsinspektion.gv.at

Unnötige Kündigungen:

Am Bau

In der Baubranche ist es immer noch üblich, Bauarbeiter über die Weihnachtsfeiertage zu kündigen. Von November auf Dezember 2012 ist die Zahl der Arbeitslosen im Bauwesen von 21.494 auf 60.213 gestiegen. Das wäre nicht nötig, sagt Josef Muchitsch, Vorsitzender der Gewerkschaft Bau-Holz: „Der überwiegende Teil der gekündigten Arbeiter hat Alturlaube, die Weihnachtsfeiertage hätten mit dem Verbrauch von Urlauben überbrückt und tausende Kündigungen vermieden werden können.“

Adressänderungen:

Tel. 01/534 44-39100

Montag–Donnerstag 8–16.30 Uhr,
Freitag 8–13 Uhr.

Oder unter: servicecenter@oegb.at

i-move.at

Pflegefreistellung:**Neuregelung**

Seit 1. Jänner gelten bei Pflegefreistellungen neue Regeln, die bisherigen fassen den Kreis der Anspruchsberechtigten sehr eng. Wer z. B. Eltern zu pflegen hat, musste bisher im gemeinsamen Haushalt leben. Das gilt nicht mehr, ebenso müssen leibliche Eltern nicht mehr zusammen leben, und nicht-leibliche Kinder von im gemeinsamen Haushalt lebenden PartnerInnen kann man nun pflegen.

Teilzeitarbeit:**Hohes Risiko**

„Immer mehr Menschen sind geringfügig beschäftigt, ihnen droht daher Altersarmut“, sagt ÖGB-Vizepräsidentin Sabine Oberhauser. Grund für die Warnung: Der Hauptverband der Sozialversicherungsträger meldete aktuelle Zahlen, 316.510 geringfügig Beschäftigte gab es 2012, ein Plus von fast 10.000 gegenüber 2011. „Es ist höchste Zeit, dass tiefgreifende Maßnahmen gesetzt werden und Unternehmen dazu gebracht werden, mehr Vollzeitarbeitsplätze anzubieten“, stellt Oberhauser fest. „Vor allem Frauen sind oft gezwungen, Teilzeit oder geringfügig zu arbeiten, weil die Rahmenbedingungen nicht passen.“ Oberhauser fordert Investitionen in Kinderbildung, Pflege und Gesundheit.

Weiterbildung:**Für alle**

Ende Jänner hat der Ministerrat ein Fachkräftepaket beschlossen, das viele Forderungen des ÖGB enthält, die die Weiterbildungsmöglichkeiten für alle ArbeitnehmerInnen verbessern. „Bildung kann nicht von sozialem oder finanziellem Status und beruflicher Stellung abhängen, sondern muss ein gesamtgesellschaftliches Anliegen sein“, sagt ÖGB-Präsident Erich Foglar. Mit dem Paket ist ein wichtiger Schritt zur höheren Beteiligung Erwachsener an Weiterbildung getan. Die Qualifikationen der Beschäftigten zu steigern erhöht deren Arbeitsplatzchancen und Einkommen. Im Frühjahr soll das Paket im Nationalrat beschlossen werden.

„Lehre bleibt attraktiv“

Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner im Gespräch mit der Solidarität.

Solidarität: Der ÖGB und die Gewerkschaftsjugend fordern die Einführung von Qualitätssicherung in der dualen Ausbildung. Befürworten Sie das ebenfalls, alle anderen Bildungssysteme haben ja schon verschiedene Formen der Qualitätssicherung?

Reinhold Mitterlehner: Unsere duale Ausbildung hat sich bewährt und ist weltweit Vorbild. Dieses Erfolgsmodell in einer wirtschaftlich turbulenten Zeit durch zusätzliche Auflagen zu gefährden, macht keinen Sinn. Die Betriebe engagieren sich schon aus Eigeninteresse für eine gute Ausbildung, weil sie Fachkräfte brauchen. Zur Unterstützung modernisieren wir die Lehrinhalte laufend, bieten neue Ausbildungsleitfäden an und sorgen durch ein Gütesiegel für Lehrabschlussprüfungen dafür, dass die Qualität noch besser wird.

Solidarität: Seit den 1990er-Jahren sinkt die Zahl der Lehrlinge in Österreichs Betrieben. Wo sehen Sie die Gründe, haben Sie eine Gegenstrategie?

Mitterlehner: Der Rückgang geht auf den demografischen Wandel zurück, wonach durch niedrigere Geburtenraten immer weniger Jugendliche nachkommen. Die Lehre selbst bleibt attraktiv, denn der Anteil der 15-Jährigen, die sich nach der Pflichtschule für eine Lehre entscheiden, liegt seit den 1990er-Jahren konstant bei rund 40 Prozent. Unsere Strategie ist es, mehr Jugendliche für eine Lehre zu gewinnen, mehr Mädchen für technische Berufe zu begeistern und die Treffsicherheit zu erhöhen. Zuletzt ist etwa das Lehrlingscoaching gut angefallen. Mit diesem wollen wir verhindern, dass Lehrlinge die Lehre abbrechen, und damit mehr positive Abschlüsse ermöglichen.

Solidarität: Im Jahr 2013 soll das Wirtschaftswachstum laut Prognosen eher bescheiden sein. Plant die Bundesregierung konjunkturbelebende Maßnahmen?

Mitterlehner: Wir verstärken Wachstum und Beschäftigung schon jetzt auf mehreren Ebenen. Die Förderaktion für die thermische Sanierung wird durch den neuen Konjunkturbonus vor allem im auftragschwächeren Frühjahr zusätzliche Baumaßnahmen auslösen und Arbeitsplätze sichern. Jeder investierte Euro hilft

„Jeder investierte Euro hilft beim Energiesparen und spart den Haushalten durch geringere Heizkosten Geld“, sagt Mitterlehner über die Förderaktion für die thermische Sanierung.



© Wiener Bezirkszeitung Junferner

beim Energiesparen und spart den Haushalten durch geringere Heizkosten bares Geld. Dazu haben wir das Angebot an zinsgünstigen Krediten auf 600 Millionen Euro aufgestockt. Auch für Gründer gibt es zusätzliche Finanzierungsangebote.

Solidarität: Finanzministerin Fekter plant Steuererleichterungen für Gastwirte. In den vergangenen Jahren gab es viele Steuerzuckerl für die Wirtschaft. Wie würden Sie im Gegenzug die ArbeitnehmerInnen entlasten?

Mitterlehner: Wechselseitige Aufrechnungen bringen uns in der Sache nicht weiter. Fakt ist, dass auch die Beschäftigten davon profitieren, wenn die Unternehmen mehr Geld für Investitionen haben und der Verwaltungsaufwand sinkt. Dadurch werden die Firmen wettbewerbsfähiger, sichern Arbeitsplätze und können auch höhere Löhne zahlen. Die nächste Steuerreform wird im Finanzministerium erarbeitet und ist politisch zu verhandeln, wobei dabei auch die Budgetentwicklung beachtet werden muss, um eine nach-

haltige Entlastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu sichern.

Solidarität: Können Sie Privatisierungen von Firmen in öffentlichem Besitz, zum Beispiel von Energieversorgern und ÖBB, für Ihre Zeit als Wirtschaftsminister ausschließen?

Mitterlehner: Bis zur Wahl wird alles so bleiben, wie es ist. Wie der Bund danach mit seinen Beteiligungen umgeht, wird Teil der nächsten Regierungsverhandlungen sein.



Sollte einmal die Fernwärme versagen, ist im SMZ Süd für den Notbetrieb gesorgt.

© Alle Fotos: Walter Schreiner

Dr. House-Meister

Unsere Spitäler: Viel mehr als nur Krankenpflege.

SMZ Süd. Wenn das Fenster undicht ist und kalte Luft von draußen den Raum erfüllt, sind die Schlosser Gerhard Schudi und Franz Schmiedjell sofort da, um alle Mängel zu beseitigen. „In so einem Fall können wir keine zwei Tage auf eine Firma warten, der Schaden muss sofort behoben werden“, sagt Schudi. Im Sozialmedizinischen Zentrum Süd (SMZ Süd) sorgen nicht nur MedizinerInnen, Krankenschwestern und PflegerInnen für die Gesundheit und das Wohlbefinden der PatientInnen. Immer wenn sie gebraucht werden, sind auch die hausinternen ElektrikerInnen, SchlosserInnen, TischlerInnen, Installateure und AbteilungshelferInnen zur Stelle, genauso wie die MitarbeiterInnen der Abteilung Wirtschaft, des Magazins, des Krankentransports und viele andere. Zu den Aufgaben gehört auch, die Gänge und Stiegen sauber zu halten. In den Wintermonaten ist das eine große Herausforderung, vor allem für das Reinigungspersonal.

Problemfall Pflege

2.600 ArbeitnehmerInnen werden von Günter Friedrich und Christine Löwenpapst im SMZ Süd (Kaiser-Franz-Josef-Spital mit Gottfried von Preyer'schem Kinderspital und Geriatriezentrum Favoriten) vertreten. „Als PersonalvertreterInnen vertreten wir alle Kolleginnen und Kollegen – von dem/der TischlerIn bis zum/zur PflegerIn. Zusätzlich zu den persönlichen Gesprächen hängen wir Informationsblätter zu bestimmten

Themen auf, die sie interessieren könnten“, erzählt Löwenpapst und ergänzt, dass ihr die meisten Sorgen die KrankenpflegerInnen bereiten. „Wie bekannt, herrscht in diesem Bereich Personalmangel. Die KrankenpflegerInnen – aber auch alle anderen Berufsgruppen – sind einem großen Druck ausgesetzt.“

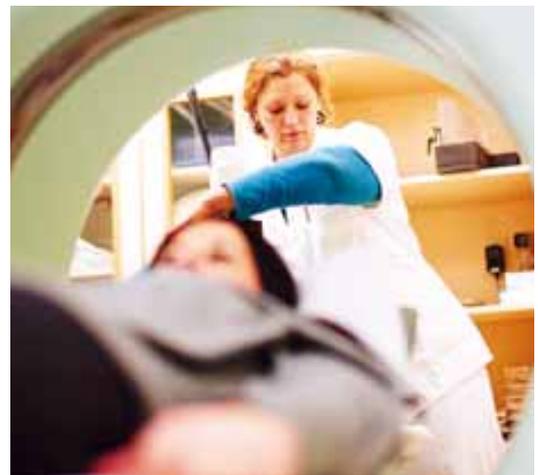
Als Team helfen

Die PflegerInnen unterstützen die PatientInnen etwa beim Waschen und Essen, wechseln leichte Verbände und führen die Dokumentation. Wenn sie feststellen, dass ihnen Arbeitsmaterial fehlt, gibt es „Mädchen für alles“. Die AbteilungshelferInnen bringen Sachen von A nach B, sie unterstützen das Personal bei verschiedensten Aufgaben, wie zum Beispiel beim Vorbereiten des Frühstücks. Dass im Spital Heizkör-

per funktionstüchtig bleiben, Glühlampen Licht spenden oder Tische nicht wackeln, dafür sorgen die MitarbeiterInnen der Abteilung Technik. „Muss eine Tischplatte ausgetauscht werden, wird das in der Leitstelle bekannt gegeben. Wir leiten die Anfrage an die zuständigen ArbeiterInnen weiter – vollkommen egal, ob ein Tischler oder eine AbteilungshelferIn gebraucht wird“, sagt Christian Sager von der Leitstelle. Dort gehen etwa 50 bis 70 Anrufe pro Tag ein.

Kochen für alle

Wer seine Arbeit gut machen möchte, kann das nicht mit leerem Magen: Jeden Tag bereitet Christoph Proksch mit seinem Team das Essen für das Personal und die PatientInnen zu. „Ich habe schon vergessen, wie man nur für zwei Personen kocht“, scherzt er.



Eine Patientin wird auf die Computertomografie vorbereitet.



Damit sich alle wohlfühlen, braucht es auch saubere und helle Gänge.



Die Balkontür wird repariert, damit keine kalte Luft hereinströmt.

Gemeindebedienstete:

365 Tage da

Das ganze Jahr sind Gemeindebedienstete da, wo die Bevölkerung sie braucht. Sie sorgen für sauberes Trinkwasser, bringen die Menschen in die Arbeit, versorgen PatientInnen und kümmern sich um SeniorInnen. Mit der Kampagne „Wir sind da, wo Sie uns brauchen“ wollen Gemeindebedienstete nun zeigen, was sie alles leisten. Denn mit Aussagen wie „Die arbeiten ohnehin alle nichts“ oder „Da wiehert eh nur der Amtsschimmel“ sind Gemeindebedienstete oft konfrontiert. Die GdG-KMSfB rückt nun deren Leistungen ins Zentrum. Wer denkt schon beim Drücken eines Stromschalters an die dahintersteckende Arbeit von Gemeindebediensteten? Alle Infos zur Kampagne und Fotos gibt es auf www.wirsindda.at



Spritpreise 2012:

Teures Jahr

Die Spritpreise befinden sich nach wie vor auf einem Höchststand. Im Jahresvergleich (Dezember 2011) ist ein leichter Anstieg zu bemerken. Die AK hat die Preise bei rund 1.500 Tankstellen in Österreich untersucht. „Das Jahr 2012 war das teuerste Spritjahr in der Geschichte“, so AK-Experte Dominik Pezenka.

Im Jahresdurchschnitt kostete Diesel 1,410 Euro pro Liter, Eurosuper 1,450 Euro pro Liter. Im Vergleich zum Jahr 2011 ist das ein Anstieg von 6,0 Prozent (Diesel) bzw. 6,7 Prozent (Eurosuper). Günstigste Tankstelle finden unter:

www.spritpreisrechner.at



© Bildagentur Webthales/Florian Martina



Kampf der Eliten

Viele Gewerkschaftsrechte in der Türkei sind seit der Militärdiktatur unverändert.

Bedrohung. JournalistInnen arbeiten in der Türkei unter extrem prekären Bedingungen. Anwälte, Lokalpolitiker und Intellektuelle werden verhaftet und für Jahre hinter Gitter gebracht. Die Bemühungen der Gewerkschaften, sich zu organisieren, werden noch immer vereitelt bzw. sind von massiven Entlassungen der Mitglieder, dubiosen Gerichtsverhandlungen und Verhaftungen der Gewerkschaftsführer begleitet. Streikende und friedliche DemonstrantInnen sind nicht selten extremer Polizeigewalt ausgesetzt. „Die derzeitige Verhaftungswelle von Anwälten ist nicht die erste in der Türkei und wird auch nicht die letzte sein. Die Menschen werden verhaftet, wenn sie bei einer Demonstration Plakate mit einer Botschaft, die dem System nicht passt, hochhalten. Und für so ein ‚Vergehen‘ gibt es jahrelange Freiheitsstrafen“, berichtet Erol Ekici, Präsident der Föderation DISK.

Viele Hürden

Viele Gewerkschaftsrechte in der Türkei stammen aus der

Zeit der Militärdiktatur (80er-Jahre). Das Streikrecht ist sehr eingeschränkt. Solidaritätsstreiks, Generalstreiks und Betriebsbesetzungen sind sogar verboten. Wo Streiks zulässig sind, muss eine übertriebene lange Stillhaltefrist von fast drei Monaten eingehalten werden und „seit den 80er-Jahren versucht man der Arbeiterbewegung jeglichen Bewegungsraum, um sich für Rechte einzusetzen, zu nehmen“, erzählt Ekici. Ähnlichen Bedingungen sind Gewerkschaften ausge-

setzt, wenn sich ein Betrieb organisieren will. „Die erste Hürde ist erst dann überstanden, wenn mehr als die Hälfte der ArbeitnehmerInnen der Gewerkschaft beitrifft. Oft klappt das gar nicht, weil der Arbeitgeber die Zahl der Beschäftigten manipuliert. In diesen Fällen sind wir machtlos, es gibt keine Strafen für Arbeitgeber.“

Aufruf

„Mit diesen Verhaftungen und Verboten versucht die Regierung, alle Menschen, die nicht

in ihrem Sinne agieren, mundtot zu machen“, sagt Ekici und ruft zu mehr internationaler Solidarität mit den Gewerkschaften in der Türkei auf. „Mehr denn je sind wir auf internationale Unterstützung und Beistand angewiesen. Seit der Entstehung der Gewerkschaftsbewegung sind wir großen Angriffen ausgesetzt. Wir brauchen die internationale Unterstützung, um die Demokratisierung in der Türkei voranzutreiben“, sagt der Gewerkschaftspräsident.

„Arbeiterbewegung in der Türkei“

Plakatausstellung von Fahrettin Engin Erdogan in der ÖGB-Zentrale bis zum 28. Februar 2013.

Fahrettin Engin Erdogan absolvierte ein Studium in der Malerei-Abteilung der MÜ-Universität der Schönen Künste. Ab 1994 wurden seine Artikel und Karikaturen in unterschiedlichen Magazinen und Zeitungen veröffentlicht. Weiters entwarf er Poster, Cover für CDs und Bücher. In den Jahren 2003–2006 arbeitete er als Koordinator für Presse und Publikation in der Konföderation „KESK“ für Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, der größten Gewerkschaft der Türkei. Die Ausstellung präsentiert einen Teil der Plakate, die er für die Arbeiterbewegung in der Türkei entworfen hat.

Mehr Infos unter www.voegb.at

Anmeldung unter kultur@oegb.at möglich.



Gegen gemeine Tricks

Online-Befragung zu unfairen Klauseln in Arbeitsverträgen.

Unfair. Immer mehr Menschen suchen in den Beratungen der Gewerkschaften und der Arbeiterkammer Hilfe, weil unfaire Klauseln und gemeine Tricks in Arbeitsverträgen überhand nehmen. Einige davon sind erlaubt, manche an der Grenze des Zulässigen, und nicht wenige davon sind schlicht und einfach rechtswidrig. Aber alle unfairen Klauseln benachteiligen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Versteckte Nachteile

Nachteilige Klauseln in Arbeitsverträgen können in vielen Bereichen vorhanden sein. Die bekanntesten betreffen „All-inclusive-Verträge“. „Rechtlich sind All-in-Verträge natürlich

erlaubt, sie dürfen aber nicht zu einem Unterlaufen der kollektivvertraglichen Gehälter führen“, sagt der GPA-djp-Vorsitzende Wolfgang Katzian.

Ohne Wissen des Beschäftigten

Nachteilige Klauseln gibt es häufig auch bei der Rückstattung von Ausbildungskosten oder bei Konkurrenzklauseln, bei Bestimmungen zu Versetzung, Änderungen des Arbeitsorts oder Pönalregelungen, die ArbeitnehmerInnen zur Kasse bitten. Es gibt sogar Klauseln, die deren persönliche Daten betreffen und es dem Arbeitgeber erlauben, Daten an Dritte weiterzugeben – ohne die Beschäftigten zu fragen.



© Bildagentur Webthales/Remming Christian

Tablet-PC gewinnen

ÖGB und Arbeiterkammer bekämpfen unfaire Arbeitsverträge. Helfen Sie uns helfen – und füllen Sie unseren Fragebogen aus. Schauen Sie bitte in Ihren Arbeitsvertrag und nehmen Sie an unserer Internet-Befragung teil. ÖGB und Arbeiterkammer geben garantiert keine Daten weiter, Ihre Angaben bleiben völlig anonym. Die Umfrage läuft noch bis März 2013.

Auf www.oegb.at finden Sie Links zur Umfrage und zu den Teilnahmebedingungen.

„Wunder gibt es nicht“

Durch Fleiß, gebündelte Kräfte und Fachwissen wurde der Abbau eines ÖBB-Standorts verhindert.



Mit sachlichen Argumenten wurde erreicht, dass rund 600 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz behalten konnten.

© Fotos: Franz Raidl

Geplanter Abbau. Angepriesen als „strategische Neuausrichtung der ÖBB“, ging es im Kern bloß um Stellenabbau. Denn die Verkleinerung des ÖBB-TS-Standorts St. Pölten auf ein Diesel-Kompetenzzentrum hätte rund 600 Arbeitsplätze gefährdet. Ein Schock für Maschinenschlosser, Elektriker, Tischler, Lackierer, Fahrzeugtechniker, MitarbeiterInnen aus Verwaltung und Lagerbereich. „Wir schauten uns das Strategiepapier der Geschäftsführung an und gingen an die Arbeit“, berichtet Betriebsratsvorsitzender Franz Raidl.

Sachliche Argumentation

Der gelernte Maler und Anstreicher startete beim Oberbau, wirkte als Lackierer bei den Technischen Services (TS), ist schon 25 Jahre bei den ÖBB und seit sechs Jahren BR-Vorsitzender und Zentralbetriebs-

ratsvorsitzender-Stellvertreter. „Das Wichtigste war, auf sachlicher Ebene Argumente gegen den Abbau der Arbeitsplätze zu sammeln“, weiß Raidl. Gemeinsam mit Wirtschaftsberatern und Fachleuten der vda wurde jede einzelne Zahl des Strategiepapiers hinterfragt, und es gelang, reichlich Einwände zu sammeln. Zeitgleich wurden Wege gesucht, die MitarbeiterInnen am Standort zu halten. „Du hast 600 Leute hinter dir, die darauf vertrauen, dass du ein Wunder vollbringst. Aber Wunder gibt es nicht, es gibt nur sachliche Argumente. Viele von meinen Leuten sind aus dem tiefsten Waldviertel, müssten bei einer Verlegung Fahrzeiten von zwei Stunden in Kauf nehmen.“

Als Team viel erreicht

Die Recherche für gute Argumente offenbarte dem Be-

triebsrat auch eine Umfrage des Verkehrsministeriums: Demnach wird der Nahverkehr in den nächsten zehn Jahren um 25 Prozent steigen. Das bedeutet schlicht mehr statt weniger Arbeit für den TS Standort St. Pölten. Dass davon kein Wort im Strategiepapier steht, ist für Raidl kein Zufall. „Es hat so gewirkt, als würden die ÖBB überlegen, die Wartung der Nahverkehrszüge ins Ausland zu verlegen.“ Güterwaggons werden bereits in der Slowakei gewartet.

Die intensive Arbeit von September bis Dezember hat sich schließlich gelohnt: „Wir haben ein Gegenkonzept erarbeitet und Vorschläge gebracht, wie Kosten eingespart werden können“, erklärt Raidl und weiß genau: „Man muss sich auf die fachliche Kompetenz stützen können, weil dir sonst keiner zuhört, weder



Franz Raidl, ÖBB-Betriebsratsvorsitzender

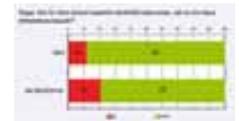
Politiker noch Firmenleitung.“ Zusammenhalt entscheidet: „Das haben wir alles im Team erreicht“, ist der Betriebsratsvorsitzende stolz und hebt etwa seinen Stellvertreter Hubert Patzl oder den ÖBB-Konzernbetriebsratsvorsitzenden Roman Hebenstreit hervor, lobt TS-Zentralbetriebsratsvorsitzenden Alois Fritzenwallner: „Er ist extreme Wege für uns gegangen und hat einen Löwenanteil am Erfolg.“ Von der Geschäftsführung gibt es eine mündliche Zusage, die Wartung des Nahverkehrs bis 2018 in St. Pölten zu belassen.

Ehrung

Für alle Beteiligten nahm Franz Raidl im November einen Betriebsrats-Award – verliehen von ÖGB und AK Niederösterreich – entgegen.

Christian Resei

Umfrage: Neue Mittelschule Nachhilfe



Zwölf Prozent der Eltern, deren Kind die Neue Mittelschule besucht, sagten bei einer IFES-Umfrage, dass sie für dieses schon einmal eine bezahlte Nachhilfe benötigt haben. In der Mehrzahl der Fälle war diese vor Prüfungen oder Schularbeiten notwendig. Diese Quote liegt deutlich unter dem Gesamtschnitt aller Schulformen. Eine aktuelle Großerhebung zu dieser Thematik im Auftrag der AK Wien hat ergeben, dass bundesweit 21 Prozent der Haushalte mit Schulkindern innerhalb des letzten Jahres für ein Kind eine Nachhilfe bezahlen mussten. In der Neuen Mittelschule ist der Anteil also nur rund halb so groß.

Umfrage

Jugend zu EU



© Bildagentur Waldhaus/Langer-Pöschel/Christine

Zum vierten Mal hat die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGPE) im Rahmen ihrer EU-Wanderausstellung eine österreichweite Umfrage unter SchülerInnen (zwischen 14 und 22 Jahren) durchgeführt. „Rund zwei Drittel der Befragten stehen der europäischen Integration grundsätzlich positiv gegenüber“, analysiert Paul Schmidt, Leiter der ÖGPE, die aktuelle Umfrage. Dass die EU die Jugendlichen beschäftigt, zeigt ein weiteres Umfrageergebnis: 45 Prozent gaben an, dass ihnen zu wenig Informationen zu den Bereichen Ausbildung und Studium in Europa sowie zu den Vor- und Nachteilen der EU für Österreich angeboten werden. 30 Prozent wünschen sich mehr Auskünfte zu Migrationsfragen, je 26 Prozent zur Energie- und Umweltpolitik und zu EU-Themen, die die eigene Region betreffen.



Bei einer Verlegung hätten die Beschäftigten Fahrzeiten von zwei Stunden in Kauf nehmen müssen.

Mobbingfälle häufen sich

Höchstgericht: Arbeitgeber muss einschreiten.

Urteil. Immer mehr ArbeitnehmerInnen sind Opfer von Mobbing am Arbeitsplatz. Nun hat der Oberste Gerichtshof (OGH) ein wegweisendes Urteil für Betroffene gesprochen. Schreitet ein Arbeitgeber nicht ein, wenn ein/e ArbeitnehmerIn gemobbt wird, haftet er für die Folgeschäden. Der/Die Gemobbte hat Anspruch auf Schadenersatz.

Der OGH-Fall

Der Betroffene fühlte sich in seiner Arbeit ausgeschlossen,

unter anderem, weil er keinen Alkohol mit den Kollegen trinken wollte. Darüber informierte er seinen Chef per E-Mail. Dieser wies alle Mitarbeiter auf das Alkoholverbot in der Firma hin und führte mit dem Betroffenen ein Gespräch. Er wurde zudem nur mehr mit Kollegen eingeteilt, mit denen er gern zusammenarbeitete. Als aber die Kollegen von dem E-Mail erfuhren, wurde er immer stärker beschimpft. Weitere Gespräche zwischen Mitarbeitern

und Vorgesetzten konnten die Probleme nicht lösen. Ein angelegter Mediator wurde nie bestellt. Der Kläger erkrankte schließlich psychisch. Nach einem Jahr im Krankenstand trat er vorzeitig aus seinem Dienstverhältnis aus.

Schutz vor Angriffen

Der Arbeitgeber hat nach ersten Maßnahmen nur mehr halbherzig agiert. Das Gericht sah vor allem im Nicht-Engagement des Mediators die Fürsorge-



© Bildagentur Webphoto/Photo



„Gesund werden muss ich noch selbst. Den Rest erledigt meine Versicherung.“

pflicht verletzt. Wie der Arbeitgeber die MitarbeiterInnen vor Mobbing schützt, steht im frei. ArbeitnehmerInnen haben keinen Anspruch darauf, dass der Arbeitgeber das Arbeitsverhältnis mit jenen MitarbeiterInnen beendet, die mobben. Sie haben aber ein Recht darauf, dass der Arbeitgeber geeignete Maßnahmen ergreift, um sie vor weiteren Angriffen zu schützen.

Was ist Mobbing?

Nicht jeder Konflikt ist bereits Mobbing. Überall, wo Menschen über längere Zeit zusammenarbeiten, gibt es Streitereien. Mobbing hingegen wird gezielt, systematisch und über einen längeren Zeitraum mit der Absicht des „Ausgrenzens und Vertreibens vom Arbeitsplatz“ betrieben. Gründe dafür sind etwa ein enormer Leistungsdruck oder ein autoritärer Führungsstil. Von Beschimpfung bis zur Kontaktverweigerung – Mobbing-Angriffe können vielfältig sein.

Die Auswirkungen

Betroffene haben häufig Magen- oder Darmprobleme, Schlafstörungen, Depressionen und Suizidgedanken. Die Folgen von Mobbing wirken sich auch in der Familie und im Freundeskreis aus. Am Ende stehen Betroffene oft ohne Familie und Freunde sowie Arbeit da.

Erste-Hilfe-Tipps

Wenden Sie sich an Ihren Betriebsrat, er soll für Sie aktiv werden, oder an den ÖGB/Ihre Gewerkschaft. Legen Sie sich ein „Mobbingtagebuch“ an. Notieren Sie Vorkommnisse mit Datum, Zeit und Beteiligten. Notizen sind als Beweismittel unumgänglich. Der ÖGB bietet seinen Mitgliedern eine kostenlose Mobbing-Beratung an. Mehr unter 01/53444-39100 oder www.mitgliederservice.at/beratung

Die Unfallvorsorge PREMIUM hilft Ihnen, den finanziellen Schaden nach einem Unfall zu lindern. Nähere Infos unter 050 350 350, auf wienersaetdtische.at oder bei Ihrem Berater.

IHRE SORGEN MÖCHTEN WIR HABEN

**WIENER
STÄDTISCHE**
VIENNA INSURANCE GROUP



© Bildagentur Wölflhaus/Photo

Warum Geld verschenken?

ArbeitnehmerInnenveranlagung: Wer zu viel Steuer bezahlt hat, bekommt diese zurück.

Geld zurück. Jedes Jahr schenken ArbeitnehmerInnen dem Finanzamt Millionen von Euro. Und das nur, weil sie die ArbeitnehmerInnenveranlagung („Steuerausgleich“) nicht machen. Die Lohnsteuer wird so

berechnet, als ob jemand das ganze Jahr über gleich viel verdient hat. Doch das ist nicht immer und bei allen der Fall. Viele Menschen haben ein schwankendes Einkommen, sind zwischendurch arbeitslos

oder wechseln den Job. Bei der ArbeitnehmerInnenveranlagung wird die Steuer neu berechnet – und wenn man zu viel bezahlt hat, gibt es Geld zurück vom Finanzamt. Und das fünf Jahre rückwirkend.

Es lohnt sich

Auch Lehrlinge oder AlleinverdienerInnen, die nur wenig verdienen beziehungsweise gar kein Einkommen aus unselbstständiger Erwerbstätigkeit haben, sollten den Steuerausgleich machen. Denn Abgaben in der Sozialversicherung fallen auch für sie an. Und bis zu zehn Prozent der geleisteten Sozialversicherungsbeiträge, maximal 110 Euro im Jahr, können sich ArbeitnehmerInnen, die keine Steuern zahlen, als Negativsteuer von der Finanz zurückholen. AlleinerzieherInnen oder AlleinverdienerInnen mit mindestens einem Kind haben die Möglichkeit, zusätzlich den AlleinerzieherInnen- bzw. den Alleinverdie-

nerInnenabsetzbetrag zu beantragen.

So geht's

Dazu muss man eine Erklärung zur ArbeitnehmerInnenveranlagung ausfüllen. Dieser Antrag kann aber immer erst nach Ablauf des jeweiligen Kalenderjahrs gestellt werden.

Das ist nach einmaliger Bestellung eines Online-Codes unter finanzonline.bmf.gv.at elektronisch unter www.finanzonline.at möglich. Die dafür notwendigen Originalformulare für eine Veranlagung in Papierform gibt es beim zuständigen Wohnsitzfinanzamt, sie können aber auch im Internet unter www.bmf.gv.at bestellt werden. www.oegb.at/steueraktion

DER ÖGB UNTERSTÜTZT SEINE MITGLIEDER

Das ÖGB-Servicecenter unterstützt Mitglieder bei der Einreichung der ArbeitnehmerInnenveranlagung über FinanzOnline und telefonisch im Vorfeld bei der Beantragung des Online-Codes. Die Beratungen finden in Wien jeden ersten Montag im Monat von 13.00 bis 16.00 Uhr statt. Terminvergabe unter: 01/534 44-39100.

Informationsabend des ÖGB

Zur Einreichung der ArbeitnehmerInnenveranlagung veranstaltet das ÖGB-Servicecenter am 26. März 2013 um 18 Uhr im ÖGB Wien einen Abend, an dem nähere Informationen erfolgen, welche Ausgaben absetzbar sind. Für die Teilnahme bitten wir um Anmeldung unter der Telefonnummer 01/534 44-39100.

Achtung: Am Informationsabend finden keine individuellen Beratungen statt!

Zumutbare Unterstützung

Grenzüberschreitende Kooperationen helfen ArbeitnehmerInnen im EU-Raum bei arbeitsrechtlichen Problemen

Ein gemeinsames Europa braucht auch eine Vernetzung der Gewerkschaften über Ländergrenzen hinweg. Ein gutes Beispiel dafür ist das Projekt „Arbeitsmarkt+“, das der ÖGB und KOZ SR, die Konföderation der slowakischen Gewerkschaftsbünde, im April 2012 gestartet haben. Finanziert wird das Vorhaben mithilfe von Geldern aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung sowie durch finanzielle Unterstützung durch das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz.

Offener Arbeitsmarkt

„Hintergrund von Arbeitsmarkt+ war unter anderem die Öffnung des österreichischen Arbeitsmarktes für slowakische ArbeitnehmerInnen im Jahr 2011“, erläutert Tanja Vicas, die im internationalen Referat



© Bildagentur Wölflhaus/Photo

des ÖGB für das Projekt zuständig ist. Wichtigstes Ziel ist es, die Situation der Beschäftigten auf dem grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt durch die vertiefte Zusammenarbeit der österreichischen und slowakischen GewerkschafterInnen zu verbessern. So wird etwa eine Rechtsberatung in slowakischer Sprache zu arbeits- und sozial-

rechtlichen Themen angeboten. Durch Informationsveranstaltungen werden slowakische ArbeitnehmerInnen über wichtige Regelungen am österreichischen Arbeitsmarkt informiert.

Ansprüche durchsetzen

Zudem arbeiten die GewerkschafterInnen mit Einrichtungen wie Arbeitsämtern oder

Sozialversicherungen in beiden Ländern zusammen. Beispielsweise senden die Arbeitsämter in der Slowakei Arbeitssuchende zur Arbeitsmarkt- und Rechtsberatung der Gewerkschaften beider Länder. „Die Beratungen stehen grundsätzlich allen ArbeitnehmerInnen offen, es kommen aber vorwiegend Landarbeiter, Bauarbeiter, Pflegekräfte sowie Menschen aus der Gastronomie und dem Reinigungsbereich zu uns“, so Vicas. Der Andrang ist groß –

zwischen 15 und 25 Beratungen werden durchschnittlich am Tag durchgeführt. „Häufig sind die ArbeitnehmerInnen auch von Lohn- und Sozialdumping oder Missbrauch, wie etwa der Nichtanmeldung bei der Sozialversicherung, betroffen. Sie wissen aber nicht, wie sie ihre Ansprüche geltend machen können und kennen die einzelnen Schritte dazu nicht.“ Infos: www.arbeitsmarktplus.eu

Michaela Hubweber

WEITERE PROJEKTE IM EU-RAUM

ZUWINS – Zukunftsraum Wien, Niederösterreich, Südmähren: Rechtsberatung und Informationsveranstaltungen im Grenzraum zu Tschechien, www.zuwins.at

IGR – Zukunft im GrenzRaum: Information und Rechtsberatung für ArbeitnehmerInnen in der Region Burgenland-Westungarn, www.igr.at

Johann-Böhm-Fonds Stipendien

Der Johann-Böhm-Fonds will die Forschung zu Themen fördern, die für die ArbeitnehmerInnen-Vertretung von Bedeutung sind. Deshalb vergibt der ÖGB jedes Jahr vier bis sechs Stipendien, die je nach Art der wissenschaftlichen Arbeit mit bis zu 5.000 Euro honoriert werden. Ziel ist es, qualitativ hochwertige Arbeiten zu bekommen, die dann dem ÖGB-Verlag zur Publikation vorgeschlagen werden können. Im Studienjahr 2013 werden Arbeiten zu folgenden Themen gefördert:

- Einkommensberichte in der Praxis
- Einfluss der Gewerkschaften auf Lohnentwicklung
- Jenseits des Wachstums? Ursachen der sozial-ökologischen Krise und Handlungsmöglichkeiten im internationalen Vergleich
- Tarifvertragliche Regelungen zu altersgerechten Arbeitszeiten. Eine vergleichende Analyse anhand von Fallbeispielen.

Die Bewerbungsfrist endet am 15. Mai 2013. Weitere Informationen finden Sie unter www.oegb.at/stipendien

Die Säure des Südens

Mahlzeit: Soll man im Winter Zitrusfrüchte essen? Tagliatelle al Limone gehen jedenfalls immer.

Gut für die Gesundheit? Zitronen, Orangen, Limetten, Grapefruits, Clementinen, Mandarinen – der Zitrusfrüchte gibt es viele. Wann man sie essen sollte, darüber herrscht große Uneinigkeit. In europäischen Breiten wird man von Kind auf trainiert, mittels Zitronensaft Vitamin C aufzunehmen und damit den Erkältungskrankheiten vorzubeugen. Davon wiederum hält die traditionelle chinesische Medizin rein gar nichts: Zitrusfrüchte kühlen und machen die Sache demnach noch schlimmer.

Ganz sicher mehr für den Sommer geeignet ist ein Sorbetto, wie es in Triest hochprozentig verabreicht wird: Zitroneneis (die wässrige, milchfreie Variante) und Wodka mit dem Schneebeesen vermischen. Als Nachspeise mit dem Strohalm aus einem Sektglas schlürfen. Oder mit Prosecco aufgießen und als Aperitif trinken.

Zum Nachkochen

In der Küche ist die Zitrone neben dem Essig wohl der wichtigste Säurelieferant. Auch die Schale findet traditionell Verwendung, etwa im Wiener



Kaisergulasch, der besseren Variante vom Kalbsrahmgulasch. Aber nach dem Sorbetto passt eine erfrischende Pasta al Limone viel besser: Wasser zum Kochen bringen. Salzen. Nudeln dazu, in diesem Fall welche mit Ei, Tagliatelle oder Fettucine zum Beispiel. Und sonst bitte gar nichts hineintun, vor allem kein Öl. Das würde zwar tatsächlich verhindern, dass die Nudeln verkleben – dafür kann nachher keine Sauce an ihnen kleben bleiben, weil sie ja schon mit Öl überzogen sind. Eine unbehandelte Bio-Zitrone heiß

waschen, schälen, möglichst so, dass nichts vom Weißen mit runtergeht. Danach die Schale mit einer ungeschälten, ange-drückten Knoblauchzehe und einem Basilikumzweig (samt Blättern) in Olivenöl anwärmen. Sobald irgendwas davon Farbe nimmt – raus damit aus dem Öl. Einen Esslöffel Mehl dazu, gut verrühren, nicht braun werden lassen. Mit dem Saft einer Zitrone ablöschen. Einen Becher Schlagobers oder einen halben Liter Milch dazu, auf kleiner Flamme ein paar Minuten weiterköcheln lassen. Nu-

deln direkt aus dem Wasser in die Saucenpfanne geben, gut durchrühren, dann kleben die Nudeln auch nicht zusammen. Wenn die Sauce zu dick ist, einen Schöpfer Nudelwasser dazu. Mit der geriebenen Schale einer weiteren halben bis ganzen Zitrone, Salz und Pfeffer abschmecken und mit zerrissenen Basilikumblättern garnieren. Darüber geriebener Parmesan oder Pecorino, wenn wer mag. Alternative: klein geschnittener Mozzarella.

Florian Kräftner



DER SOZIALSTAAT IST GUT FÜR ALLE.

Er sorgt dafür, dass das tägliche Leben funktioniert: Bei der Bildung, im öffentlichen Verkehr, bei Müllentsorgung und sauberem Wasser, bei Krankheit, in der Pension – und zwar für Arme und für Reiche.

Der Sozialstaat hat uns gut durch die Krise gebracht. Wir müssen ihn ausbauen, umbauen und für die Zukunft sicher machen.



www.oegb.at
www.facebook.at/oegb.at



Die Schlosser in Spanien hoffen mit ihren Aktionen auf ein Umdenken in der Gesellschaft.

Neue Hoffnungsträger

Schlosser, Richter, Polizisten in Spanien verweigern Delogierungen.

Kein Geld. Es gibt wenig, das entwürdigender ist, als delogiert zu werden. In Spanien häufen sich die Fälle, der Widerstand wächst aber auch. Spanien ist besonders stark von der Wirtschaftskrise betroffen: 26,6 Prozent Arbeitslosenrate, bei jungen Menschen sogar 56,5. Fehlende Einkommen bedeuten, dass Zahlungen nicht mehr geleistet werden können – auch keine Kreditraten. Die Banken sind wenig zimperlich und sichern sich ihr Geld, indem sie auf andere Werte – eben Wohnungen und Häuser – zurückgreifen. In Spanien hat das sogar schon Menschen in den Selbstmord getrieben. Viele Stellen sind an Delogierungen beteiligt: Die Banken, die sich ihr Geld sichern wollen, Richter, die Zwangsräumungen verhängen, Polizisten, die das exeku-

tionen müssen – und Schlosser, die am Ende dieser Kette die Schlösser austauschen und den Anwälten der Banken die Schlüssel übergeben müssen.

Schulden bleiben

In den letzten Jahren sind die Räumungsbefehle von einmal monatlich auf dreimal pro Woche gestiegen. In Nordspanien beschloss die Schlosservereinigung Ende 2012, dabei nicht mehr mitzumachen. Bei einer Sitzung der Schlosser entschieden sie einstimmig, sich nicht mehr an den Zwangsräumungen zu beteiligen. „Etwas im Fernsehen zu sehen ist anders als dabei zu sein“, sagte der Sprecher der Schlosservereinigung von Pamplona, Iker de Carlos. „Du weißt, dass du dabei hilfst, Menschen aus ihrem Haus zu werfen, und dass sie

ihre Schulden trotzdem weiterhin zahlen müssen. Wir sind Menschen, und als diese können wir uns nicht mehr an den Zwangsräumungen beteiligen, wenn sich Leute dann umbringen.“ De Carlos ist klar, dass die Behörden dann eben Schlosser aus anderen Regionen beauftragen. „Wir wissen, dass wir keine Revolution auslösen werden, aber wir wollen, dass sich die Gesellschaft überlegt, wie diese ungerechte Situation gelöst werden kann.“

Haben ein Gewissen

Auch die Vereinigung der Sicherheitsschlosser, die bei Zwangsräumungen „der extrem Schwere“ gerufen werden, stellt die Menschen vor die Banken. Sie berichtet von Fällen, in denen ganze Familien, alte Menschen, Kinder ihre

Wohnungen räumen müssen. Der Präsident, David Ormaechea, zu den Medien: „Wir haben ein Gewissen und das sagt uns, dass wir an diesen Taten nicht teilnehmen können.“

Viele Mosaiksteine

Richter, die keine Zwangsräumungen mehr anordnen, Polizisten, die Räumungen nicht mehr durchführen, Bürgermeister, die mit den Betroffenen zu den Banken gehen, um andere Lösungen zu vereinbaren, und schließlich Schlosser, die keine Schlösser mehr tauschen – alles kleine Mosaiksteine. Diese sollen – so die Hoffnung vieler SpanierInnen – gemeinsam dazu beitragen, dass eine gesetzliche Regelung kommt, die das Wohnbedürfnis der Menschen vor die Interessen der Banken stellt.

Lohnungerechtigkeit:

Risiko

Die wachsende Kluft bei der Entwicklung der Einkommen wird nach Ansicht von Experten immer mehr zu einer Gefahr für die Weltwirtschaft. Unter anderem gehört das Auseinandergehen der Einkommensschere laut einer Studie des Weltwirtschaftsforums (WEF) voraussichtlich zu den „vorherrschenden globalen Risiken“ der nächsten Jahre. Erheblich folgenschwerer wären laut einem in London präsentierten Bericht ein Ausfall des internationalen Finanzsystems sowie eine große Trinkwasserknappheit als Resultat des Klimawandels. „Die Welt steht wachsenden Risiken gegenüber, während die anhaltende Finanzkrise die öffentliche Aufmerksamkeit vom Klimawandel ablenkt“, warnen die AutorInnen.

China:

Geiselnahme

Arbeiter der Shinmei Electric Company in Shanghai sperrten 18 Manager auf dem Fabrikgelände ein. Grund für die Protestaktion waren laut einem Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes verschärfte Regeln am Arbeitsplatz. Künftig sollte es nur noch eine zweiminütige Pause geben, um auf die Toilette zu gehen – und für zu spätes Erscheinen müssten die Arbeiter beim ersten Mal umgerechnet acht Dollar (sechs Euro) Strafe bezahlen. Beim zweiten Mal gebe es bereits die Kündigung, erklärte der Mann. Die Manager kamen jedoch unversehrt frei, nachdem 300 Polizisten die Fabrik umstellt hatten.

Bangladesch:

Brandserie

In Dhaka, Bangladesch, kam es Ende Jänner zu einem Brand in einer Textilfabrik. Der Brand brach in der Mittagspause aus, als sich die meisten ArbeiterInnen nicht in der Fabrik aufhielten. Dennoch kamen sieben Menschen ums Leben. Jetzt gehen die Arbeiterinnen und Arbeiter auf die Straße und fordern Entschädigungen für die Familien der Opfer sowie bessere Sicherheitsvorkehrungen in den Fabriken.

Kinder als Beschäftigte

UNO will Problem Kinderarbeit mit 215 Millionen Betroffenen bis 2020 beseitigen.

Kinderarbeit. In der Textil-, Elektronik-, Schuh-, Schmuck- oder Spielzeugindustrie arbeiten sie. Sie sind keine 18 Jahre alt, manche erst zwischen acht und 14 Jahre. Weil ihre Eltern zu wenig zum Leben haben, werden sie zu Fabriks- oder Minenarbeiten gezwungen oder an Mittelsmänner verkauft. Geschätzte 215 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren sind weltweit betroffen.

Finanzkrise verschärft Situation

Diese „neue Sklaverei“ möchten die Vereinten Nationen (UNO) bis 2020 aus der Welt schaffen, so ein aktueller Bericht des UN-Sondergesandten für Bildung, Großbritanniens Ex-Regierungschef Gordon Brown. Das international vereinbarte Entwicklungsziel, dass bis 2015 alle Kinder wenigstens die Grundschule abgeschlossen haben sollten, könnte sonst nicht erreicht werden.

„Seit der Finanzkrise 2008 hat Kinderarbeit weltweit zugenommen“, berichtet jedoch



Indien, Äthiopien: Viele junge Mädchen verpflichten sich als Arbeitskräfte in Textil- und Bekleidungsfabriken.

Marjorie Elizabeth Wood, Professorin für Industrie- und Arbeitsbeziehungen an der renommierten Cornell University (USA). Sie spricht in diesem Zusammenhang von mehr als 70 Ländern, darunter Wirtschaftspartner der westlichen Industrieländer wie China, Indien, Brasilien, Indonesien, Philippinen oder Bangladesch. Laut UNO gibt es auch bei Zulieferern der Firmen Apple,

Samsung und Google Kinderarbeit. In Äthiopien etwa arbeiten fast 60 Prozent der Kinder. Vor allem in den afrikanischen Ländern südlich der Sahara wird sich das Problem noch verschärfen. Die UNO rechnet dort mit 65 Millionen „KinderarbeiterInnen“ bis 2020 – dass die Bevölkerungsanzahl bis dahin auf mehr als eine Milliarde gestiegen sein wird, kommt verschärfend hinzu.

Internationale wie nationale Gesetze, die Kinderarbeit ohnehin auch in ärmeren Ländern verbieten, werden oftmals missachtet, Behörden exekutieren sie nicht oder haben nicht das Geld dazu.

Sichtbar machen

Daher setzt die UNO auf Bildungspflicht für alle Kinder. Die Eltern dafür zu bezahlen, dass sie ihre Kinder zur Schule schicken – wie das in der Vergangenheit schon in Brasilien funktionierte –, würde die Vereinten Nationen bis 2015 zusätzlich 13 Milliarden Dollar kosten.

Marjorie Wood fordert zudem mehr soziales Unternehmertum und die Kennzeichnung von Fair-Trade-Produkten ohne Kinderarbeit durch ein „weißes Label“. Das Wirtschaftslobbying mache Handelsbeschränkungen schwierig, aber so könne Kinderarbeit sichtbar boykottiert werden.

Heike Hausensteiner

Geld statt Urlaub

Bei Katastropheneinsätzen sind immer viele Freiwillige im Einsatz. Für ihren ehrenamtlichen Dienst mussten sie bisher meistens Urlaub nehmen, nur in wenigen Firmen wurden diese Abwesenheiten bezahlt. Nun ist per Gesetz geregelt, was Gewerkschaften schon lange forderten: Entgeltfortzahlung für alle Feuerwehrleute in Katastropheneinsätzen, niemand soll dafür Urlaubstage opfern.



Wie eine Kreissäge

Trendige Shops mit cooler Musik – für Beschäftigte und Kunden ist das nicht angenehm. Die Kampagne „Beschallungsfrei – gegen Zwangsbeschallung“ zeichnete eine Filiale der Textilkette Hollister mit dem Titel „Zwangsbeschaller 2012“ aus. Bis zu 99 Dezibel, das ist so laut wie eine Kreissäge, wurden gemessen. Der ÖGB setzt sich für gute Arbeitsbedingungen der Angestellten ein – laute Musik den ganzen Tag lang gehört nicht dazu.

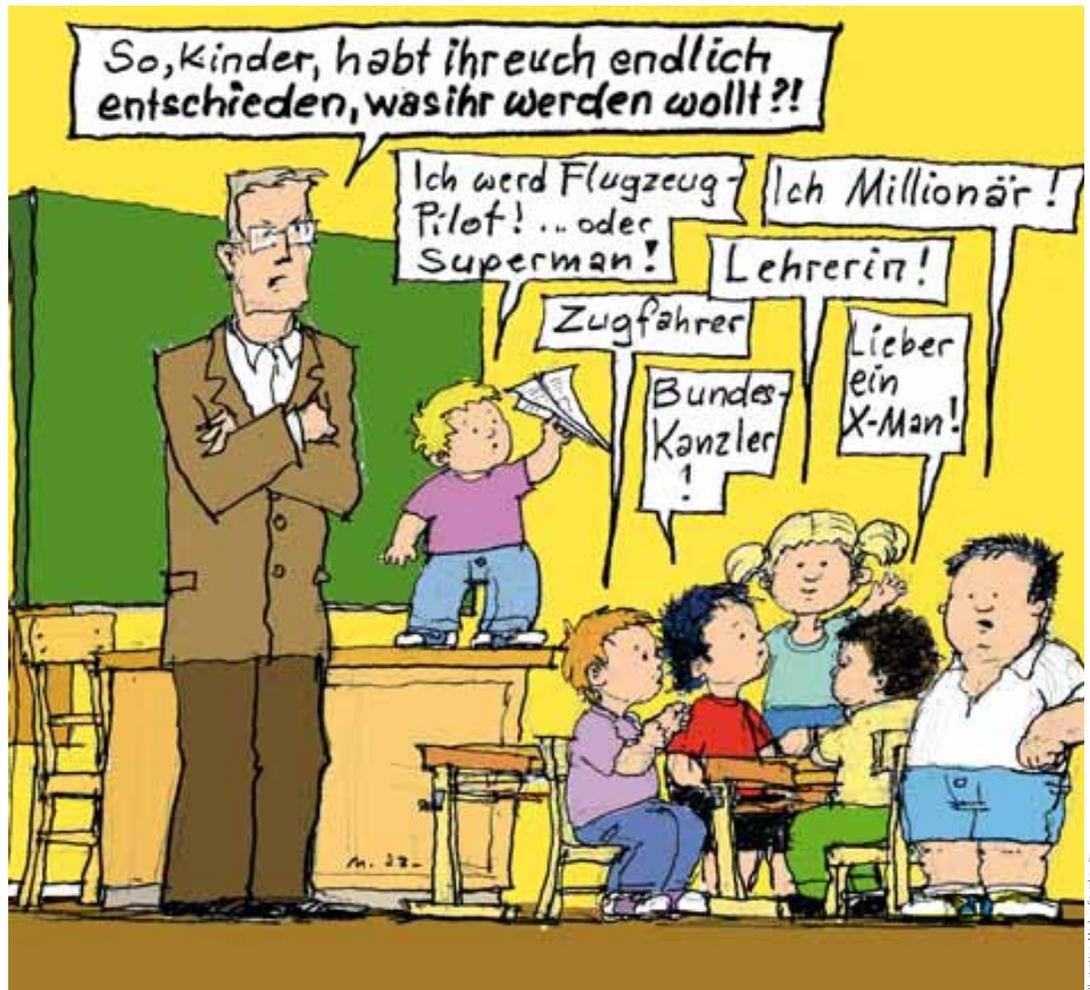


Illustration: Markus Szydlowitz

Kommentar: Peter Schlögl, Österreichisches Institut für Berufsbildungsforschung (öibf)

Arbeit – Lernen – Bildung

Berufliche Erstausbildung unter Innovationsdruck.

Bildungspolitische Diskussionen und die Berichterstattung in den Medien kreisen stark um wichtige Fragen der Neugestaltung der Schule oder auch des Zugangs zu den Hochschulen. Im Schatten dieser Aufmerksamkeit wird in der beruflichen Lehrausbildung die größte Gruppe der jungen Menschen (rund 40 Prozent jener in weiterführender Bildung) für die Anforderungen der Arbeitswelt qualifiziert. Auch vor diesem Bildungssegment machen Anforderungen an moderne und zukunftsorientierte Bildung nicht halt. Die gängigen Schlagworte lebenslanges Lernen, Effizienz und Qualität, Durchlässigkeit und Anrechnungsmöglichkeiten sowie Schlüsselkompetenzen zeigen dies.

Widerspruch?

Insgesamt, so der Befund einer Befragung von über dreihundert Expertinnen und Experten aus der Berufsbildung, sollte sich die Lehrausbildung vermehrt auf überfachliche Kompetenzen konzentrieren, jedoch ohne dabei an Praxisrelevanz der Ausbil-

dung einzubüßen. Eine erhebliche Herausforderung, wenn nicht gar ein Widerspruch. Einerseits soll – aus guten Gründen – die Handlungsfähigkeit für sich anhaltend wandelnde Anforderungen und zukünftige, noch gar nicht bekannte, Situationen hergestellt werden, andererseits eine möglichst passgenaue Qualifikation für konkrete Arbeitsplätze der österreichischen Wirtschaft.

Problematisch

Die Rolle der Berufsschule in diesem Prozess wird als zunehmend wichtiger gesehen, wenngleich dieser zweite Lernort neben dem Betrieb „Juniorpartner“ in der „dualen“ Ausbildung ist. Aber auch die sich

verändernde Rolle der betrieblichen AusbilderInnen sowie der unterweisenden Fachkräfte wird seitens der Expertinnen und Experten problematisiert. Denn wenn diese zu „LernprozessbegleiterInnen“ werden sollen und das Lernen nicht allein nach dem mittelalterlichen Konzept „Lehrling – Geselle – Meister“ ein Nachahmen von Vorgezeigtem ist, dann muss man sich die Frage stellen, ob die jetzigen Rahmenbedingungen und persönlichen Kompetenzen des Ausbildungspersonals dazu tatsächlich ausreichen.

Eine weitere wichtige Diskussion kreist um das Thema der Verlässlichkeit der Ausbildungspraxis, und zwar Verlässlichkeit für alle

Anspruchsgruppen: Betriebe, Lernende, weiterführende Bildungseinrichtungen, aber auch die Gesellschaft ganz allgemein. Unter dem Begriff der Qualität sind in den allermeisten Teilen des Bildungssystems, den (Hoch-)Schulen, der Weiterbildung in den vergangenen Jahren innovative und wirksame Methoden und Instrumente eingeführt worden.

Anschluss nicht verpassen

Für die Lehrlingsausbildung steht dieser Schritt noch aus. Dies erschwert jedoch die Intensivierung der Vertrauensbildung in die Lernerträge der überwiegend betriebsbasierten Ausbildung und in Folge die für jede/n Einzelne/n wichtige Möglichkeit der gegenseitigen Anrechnung von Lernleistungen zwischen den unterschiedlichen Bildungseinrichtungen (etwa hin zu den höheren Schulen, den Fachhochschulen u. v. m.), aber auch bezüglich der internationalen Mobilität von LehrabsolventInnen.

Die Lehrausbildung hat in Österreich immer wieder innovative



Peter Schlögl, Bildungsforscher

Ansätze gezeigt, die auch international wahrgenommen wurden. Beispielhaft kann man die Einführung der integrativen Berufsausbildung für benachteiligte Jugendliche nennen, die Ausbildung in überbetrieblichen Bildungseinrichtungen, die zum selben Berufsabschluss führen, oder auch die Einführung der Berufsreifeprüfung. Aber, und das ist wohl die Gefahr von „Erfolgsmodellen“, man sollte den Anschluss an die langfristigen Trends nicht verpassen.

BUCHTIPP

Peter Schlögl, Martin Mayerl
Neue Wege beruflicher Bildung zur Sicherung lebensbegleitender Beschäftigungsfähigkeit

Ein österreichisches Berufsbildungsdelphi
ISBN 978-3-643-50439-5

Bestellung: fachbuchhandlung@oegbverlag.at

